

SPÖ-Neujahrsklausur

SPÖ legt Aktionsprogramm für 5 Schlüsselbereiche vor

Pressekonferenz am 5. Jänner 2023

Medieninfo

Medieninformation

SPÖ legt Aktionsprogramm für 5 Schlüsselbereiche für 2023 vor

SPÖ fixiert bei Arbeitsklausur 5 Schlüsselbereiche für 2023 und legt Lösungen vor: Teuerung, Energiewende, Gesundheit, Bildung und Migration

„Soziale Politik für Österreich“

Damit unser Land aktuelle Krisen bewältigt und für die Zukunft krisenfester wird:

1. Teuerungsstopp bei Lebensmitteln und Mieten
2. Energiewendefonds für eine sozial gerechte Energiewende
3. Gesundheitssystem stärken, Versorgungssicherheit garantieren
4. Rechtsanspruch auf ganztägige Kinderbetreuung und Ausbau der Elementarpädagogik
5. Sach- statt Showpolitik bei Asyl und Migration: Verfahrenszentren an EU-Außengrenzen, Allianzen mit anderen EU Staaten.

Das 5-Punkte-Aktionsprogramm der SPÖ

1. Teuerungsstopp bei Lebensmitteln und Mieten

Die Teuerung ist so hoch wie seit 70 Jahren nicht mehr. Beispiel Lebensmittel: Immer mehr Menschen in Österreich, bis tief in die Mittelschicht hinein, haben Schwierigkeiten, sich den täglichen Einkauf leisten zu können. Denn laut Statistik Austria sind im November die Preise für Fleisch um 16 Prozent gestiegen, für Milch, Käse und Eier insgesamt um 21 Prozent und für Butter sogar um 37 Prozent. Deutschland und Spanien haben einen Gaspreisdeckel eingeführt. Während die Dezemberinflation 2022 in Österreich (vorläufige Schätzung Statistik Austria) 10,2 Prozent betrug, sank sie in Deutschland auf 8,6 Prozent, Spanien hat einen Wert rund um 6 Prozent. Spanien streicht aktuell die Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel.

Auch beim Wohnen besteht akuter Handlungsbedarf. Die Mietpreise explodieren, für viele Mieter*innen gab es 2022 drei Mal Mieterhöhungen. Für die SPÖ ist klar: Die **Teuerung** muss **an der Wurzel bekämpft** werden – mit wirksamen Maßnahmen für **leistbare Mieten** und **niedrigere Lebensmittelpreise**.

- **Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel aussetzen:** Die SPÖ will die Senkung der Preise auf Lebensmittel des täglichen Bedarfs um 10 Prozent durch eine befristete Aussetzung der Mehrwertsteuer. Die Mehrwertsteuer soll so lange ausgesetzt sein, bis sich die Energiepreise und damit die Lebensmittelpreise auf einem vernünftigen Niveau stabilisiert haben.
- **Nationaler Gaspreisdeckel:** Österreich soll Gas einkaufen und zu einem gedeckelten Preis an Haushalte und Wirtschaft weitergeben. Dieser gedeckelte Gaspreis senkt die Kosten für energieintensive Produktion aller Güter von Stahl bis Nahrungsmittel wie z.B. Butter.
- **Einsetzung einer Anti-Teuerungskommission:** Es soll eine Anti-Teuerungskommission (vergleichbar mit jener zur Euro-Einführung) gesetzlich eingerichtet werden – mit behördlicher Kontrollfunktion wie auch Beratungsfunktion für die Politikgestaltung. Sie soll unter anderem sozialpartnerschaftlich beschickt werden, dem Nationalrat berichten und insbesondere folgende Aufgaben bekommen:
 - Durchführung von Preiskontrollen und Sanktionierung von Verstößen insbesondere in den Bereichen Energie und Lebensmittel
 - Veranlassung von Betriebsprüfungen
 - Beschwerden aus der Bevölkerung untersuchen
 - Maßnahmen zur Senkung der Teuerung vorschlagen

Die Anti-Teuerungskommission sollte auch überprüfen, ob die milliardenschweren Steuergeldzahlungen zur Energiekostenstützung tatsächlich in Form von niedrigeren Preisen in vollem Umfang an die Kund*innen weitergegeben werden.

- **Teuerungsstopp bei Mieten:** In den nächsten zwei Jahren soll es österreichweit keine Mieterhöhungen geben dürfen. Und in Zukunft soll nicht mehr der Verbraucherpreisindex herangezogen werden, sondern der Leitzinssatz als geeignetere Kennzahl – allerdings höchstens das Inflationsziel der EZB von 2 Prozent. Die SPÖ schlägt zudem österreichweite Mietobergrenzen vor.

2. Energiewende schaffen: Sozial verträglich und mit Chancen.

Die Energiewende ist das bestimmende Thema für die nächsten zehn Jahre. Es geht darum, Unabhängigkeit, Sicherheit und Leistbarkeit in der Energiefrage zu garantieren. Gelingt die Wende nicht, drohen Deindustrialisierung, Arbeitslosigkeit und Wohlstandsverlust. Die SPÖ hat einen konkreten Plan vorgelegt, wie die Wende sozial verträglich gelingt und eine neue Industriepolitik aussehen muss. Der **aktive Sozialstaat** muss **Investor** und **Impulsgeber** für die **Energiewende** sein. Er muss strategische Beteiligungen eingehen, in die Daseinsvorsorge und öffentliche Infrastruktur investieren, für gute Arbeitsplätze sorgen sowie Forschung und Entwicklung stärken. Eine sozial verträgliche Energiewende ist eine Chance für **mehr Innovation, mehr hochwertige Arbeitsplätze, mehr Wettbewerbsfähigkeit** und mehr ökologische **Nachhaltigkeit**.

- **Energiewendefonds:** Wir wollen einen mit 20 Mrd. Euro dotierten Energiewendefonds schaffen, der die **öffentlichen Investitionen** steuert. Es braucht **strategische Beteiligungen** an Unternehmen im Bereich der Energiewende und Forschungscluster in Kooperation mit Unis und Wirtschaft. Außerdem soll eine strategische Reserve für Ressourcen der Zukunft sowie eine **Recyclingoffensive** für Batterien, Akkus sowie seltene Rohstoffe geschaffen werden.
- **Investitionen in Aus- und Weiterbildung:** Wir werden die Energiewende nur schaffen, wenn wir massiv in die Ausbildung, in die Weiterbildung und in die Umqualifizierung investieren. Das beginnt schon im Kindergarten, geht weiter über den Ausbau der Ganztagschulen, einen freien und offenen Hochschulzugang bis hin zur Attraktivierung der Lehre und einer **Qualifizierungsoffensive**, um dem **Fachkräftemangel** zu begegnen und sicherzustellen, dass es genügend Fachkräfte für die Arbeitsplätze der Zukunft gibt.
- **Forschung und Entwicklung:** Die Finanzierung der Universitäten muss sichergestellt werden. Insbesondere für die Erforschung von neuen **Speichertechnologien, Nutzung von Wasserstoff** und andere klima- und transformationsrelevante Forschung und Entwicklung sollen in Zukunft mehr Gelder zur Verfügung gestellt werden. Dabei können und sollen die österreichischen Universitäten auch neue Kooperationsvereinbarungen mit den weltweit führenden forschenden und produzierenden Unternehmen eingehen, die durch Forschungsbeteiligungen aus dem Energiewendefonds unterstützt werden.

3. Gesundheitssystem stärken. Versorgungssicherheit für alle Menschen im Land garantieren.

Die Corona-Pandemie hat gezeigt, wie wichtig ein gut ausgebautes, für alle leistbares öffentliches Gesundheitssystem ist. Um das Gesundheitssystem abzusichern und die beste Gesundheitsversorgung für alle auszubauen, müssen jetzt die richtigen Weichen gestellt werden. Denn die Herausforderungen sind groß: Der Pflegenotstand in Österreich hat sich – auch in Folge der Pandemie – dramatisch verschärft, es fehlen jährlich 10.000 Pflegekräfte. Akute Mängel gibt es auch bei der Versorgung mit Medikamenten. Diese Probleme müssen sofort angegangen werden. Entscheidend dabei ist, alle zentralen Akteur*innen wie Bund, Länder, Sozialpartner etc. an einem Tisch zu versammeln, um gemeinsam unser **Gesundheitssystem zu stärken** und die **Versorgungssicherheit für alle Menschen** im Land zu erhöhen.

- **Ärzt*innenmangel bekämpfen:** Die SPÖ will den Mangel an Ärzt*innen in der öffentlichen Gesundheitsversorgung bekämpfen, indem die **Medizin-Studienplätze verdoppelt** und der Hausärzt*innen-Beruf attraktiver gemacht wird. Außerdem braucht es mehr Kassenverträge für Ärzt*innen. Durch **Gruppenpraxen und den Ausbau der Primärversorgungseinheiten** können die Arbeitsbedingungen verbessert werden.
- **Pflege stärken:** Es braucht dringend mehr Ausbildungsplätze für Pflegekräfte. **Die Ausbildungsplätze müssen österreichweit verdoppelt werden.** Darüber hinaus muss der Bund die Pflegeausbildung dadurch attraktivieren, dass er die Anstellung und Bezahlung während der Pflegeausbildung analog zur Polizist*innenausbildung finanziert. Außerdem drängt die SPÖ auf bessere Bezahlung und bessere Arbeitsbedingungen für das Pflegepersonal sowie die Anerkennung des Pflegeberufs als Schwerarbeit.
- **Medikamentenversorgung absichern:** Die Produktion von Medikamenten muss zurück nach Europa geholt werden. In Österreich soll es einen **Made-In-Austria-Fonds** in der Höhe von 3 Mrd. Euro geben, um Unabhängigkeit im Bereich der Medikamentenversorgung zu gewährleisten. Zentral dabei sind die Erhöhung der Forschungs- und Produktionsprämie, Produktionsquoten für heimische Verwendung und die Stärkung von Forschungsclustern an den Universitäten. Außerdem sollen in einem nationalen Krisenlager Medikamente und Medizinprodukte für Notfälle eingelagert werden.

4. Bildung ausbauen. Mehr Kinderbetreuung und Ganztagschulen für eine starke Bildung.

Bildung – und zwar schon bei den Kleinsten beginnend – ist der wichtigste Rohstoff Österreichs für eine gute Zukunft. Ganztagschulen und Nachmittagsbetreuung sind essenziell für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, ein Hebel, um den erhöhten Arbeitskräftebedarf in vielen Branchen zu decken, substanziell für die Bildungsgerechtigkeit sowie für die Integration und ein zentraler Standortfaktor für Gemeinden und Städte.

- **Elementarpädagogik stärken:** Wir wollen, dass Familien einen **Rechtsanspruch auf eine ganztägige, kostenlose Ganztagsbetreuung ab dem ersten Lebensjahr** für ihre Kinder haben. Die 15a-Vereinbarung zur Kinderbetreuung muss nachverhandelt werden – in ganz Österreich sollen **100.000 zusätzliche Plätze in der Kinderbetreuung** geschaffen werden. Dazu braucht es auch genügend Elementarpädagog*innen – eine Ausbildungsoffensive und bessere Arbeitsbedingungen sind unabdingbar.
- **Ganztagsschul-Offensive 2023:** In den kommenden Jahren sollen **für ganz Österreich 180.000 zusätzliche Ganztagsschul-Plätze** geschaffen werden. Die Ganztagschulen bieten, insbesondere in verschränkter Form, für Eltern sowie für unsere Gesellschaft und Wirtschaft als Ganzes Chancen. Sie sind ein wichtiger Beitrag für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, ein Standortfaktor für Gemeinden und sie fördern Bildungsgerechtigkeit sowie Integration.

5. Kooperationen schmieden, Allianzen schließen. Vernünftige Lösungen in der Migrationspolitik.

Die Asyl- und Migrationspolitik der Regierungen der letzten fünf Jahre ist geprägt von Inszenierungen, Ablenkung, Populismus und Desinteresse. Die Aussagen vom „Schließen der Balkanroute“ waren ein großer Bluff, neue Rückübernahmeabkommen wurden nicht ausgehandelt, der Schutz der EU-Außengrenzen wurde vernachlässigt, die vielfach angekündigte „Hilfe vor Ort“ ist Stückwerk geblieben. Diese Symbolpolitik muss beendet werden. Eine vernünftige Migrationspolitik orientiert sich an Tatsachen und stellt sachliche Lösungen ins Zentrum der Debatte. **Humanität und Kontrolle** müssen 2023 die zentralen Grundsätze einer Asyl- und Migrationspolitik in Österreich und in Europa werden. Dazu braucht es **Allianzen in Europa**, um gemeinsam Schritte für ein neues Asyl- und Migrationssystem zu setzen. Irreguläre Migration zu reduzieren, erfordert kluge Migrationsdiplomatie. Die große Herausforderung, die Österreich in Partnerschaft mit anderen Ländern in Europa bewältigen

kann, besteht darin, lebensgefährliche, irreguläre Migration zu reduzieren, ohne die Menschenrechte oder die Menschenwürde zu verletzen. Das geht nur durch Kooperationsangebote gegenüber Herkunfts- und Transitstaaten. Koalitionen von Staaten in Europa sollten Angebote entwickeln, damit Herkunfts- und Transitstaaten durch die schnelle Rücknahme jener, die irregulär kommen, helfen, irreguläre Migration zu reduzieren. Es ist im Interesse Österreichs, eine solche Politik voranzutreiben.

Eine kluge Migrationsdiplomatie mit folgenden Zielen:

- **Asylverfahren außerhalb der EU:** Asylverfahren gemäß der Genfer Flüchtlingskonvention außerhalb der Europäischen Union sind die einzig vernünftige Lösung, um Leid zu verhindern, kriminellen Schleppern das Handwerk zu legen und die Kontrolle darüber zu erlangen, wer europäischen Boden betritt und wer nicht.
- **Gemeinsames europäisches Asylsystem** mit einheitlichen Asylverfahren, fairer Kostenverteilung und standardisierten Leistungen. Maximale Dauer eines Asylverfahrens auf drei Monate begrenzen.
- **Rückführungsabkommen schließen:** Wer ein Recht auf Asyl hat, soll legal in die Europäische Union einreisen können. Wer kein Recht auf Asyl hat, muss in sein Herkunftsland zurückkehren. Dafür müssen die Anstrengungen bei der Aushandlung von Rückführungsabkommen verstärkt werden. Das erfordert Allianzen von europäischen Staaten und intensive diplomatische Anstrengungen.